

Gespräch zwischen Walter Hallstein und Jean Monnet über den Schuman-Plan (30. Juli 1950)

Legende: Am 30. Juli 1950 diskutieren Jean Monnet, Vorsitzender der Pariser Schuman-Plan-Konferenz und französischer Delegationsleiter, und der deutsche Delegationsleiter Walter Hallstein über die Positionen der verschiedenen Delegationen und die Fortschritte der Arbeiten. Jean Monnet schlägt vor, die Konferenz bis zum 12. August zu unterbrechen, um den jeweiligen Regierungen Gelegenheit zu geben, den Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten zu analysieren.

Quelle: PA AA, [s.l.]. B15 (Abteilung 2). Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans Bd. 103.

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gesprach_zwischen_walter_hallstein_und_jean_monnet_uber_den_schuman_plan_30_juli_1950-de-ce551f38-6002-48b1-8b64-a54ac7463da2.html

Publication date: 07/09/2012

Gespräch des Delegationsleiters Hallstein mit dem Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan, Monnet, in Houjarray (30. Juli 1950)

Kurzprotokoll über einen Besuch bei Herrn Monnet in Houjarray am Sonntag, den 30. Juli 1950.

Anwesend : Herr Monnet, Prof. Hallstein

Herr Monnet entwickelte folgende Gedanken:

1) Italien:

Er sei beunruhigt über die Italiener. Herr Taviani sei zweifellos ein aufrichtiger und ernster Mann, aber das „verlängere sich nicht“ nach Italien hin. Er wisse nicht, was in Italien hinter der Delegation stehe. Er sehe dort keine Bewegung. In Deutschland, in Frankreich, in Holland sei das alles anders. Selbst in England zeige die Opposition, wie sehr man sich mit dem Gedanken beschäftige. Ob die Italiener wirklich begriffen hätten, dass es sich nicht um einen diplomatischen Vertrag handele, sondern um die Schaffung neuer Realitäten.

2) Holland:

Herr Monnet legte eine Reuter-Meldung über eine Rede des holländischen Wirtschaftsministers aus Anlass irgendeiner technischen Einweihung vor, in der positiv vom Schuman-Plan die Rede war; ferner einen Bericht des französischen Botschafters oder Gesandten im Haag über eine Rede eines holländischen Gewerkschaftsführers, die sich ebenfalls in positiver Weise mit dem Schuman-Plan beschäftigte. Herr Monnet knüpfte daran die Bemerkung, dass die Delegationen, auf die es ankomme bei unseren Beratungen, die deutsche, die französische und die holländische seien, denn sie hätten Überzeugungen in der Sache. Mit Belgien bestehe die Schwierigkeit der jetzigen politischen Situation, die anderen schlossen sich im wesentlichen an.

3) Amerikaner:

Das grosse Interesse Amerikas sei tief begründet. Amerika sei beunruhigt über das völlige Ausfallen Europas in der heutigen politischen Welt. Zur Herstellung eines Gleichgewichts in dieser Welt erwarte es instinktiv ein Erstarken Europas. Europa könne nicht auf die Dauer von den Gaben Amerikas leben. Der Schuman-Plan erfülle die Amerikaner mit Hoffnung, weil er das erste Symptom eines spontanen Eigenwillens Europas sei.

4) Strassburg:

Eine organische Verbindung der Schuman-Plan-Organisation mit Strassburg sei zu vermeiden. Er biete seinen ganzen Einfluß auf, um zu verhüten, dass Mitglieder der französischen Delegation aus bester Absicht falsche Schritte täten, d.h. Schritte in der Richtung einer Verbindung von Strassburg und Schuman-Plan. Herr Schuman selbst werde in Strassburg über seinen Plan sprechen, beabsichtige aber sodann, Strassburg zu verlassen. Er, Monnet, werde Schuman am Mittwoch früh wieder sehen und dann erfahren, wann und was Schuman sprechen werde und werde dies Professor Hallstein mitteilen. Es sei gut, wenn dann ein Mitglied der deutschen Strassburg-Delegation erwidern werde, oder noch besser zwei, nämlich auch ein deutscher Sozialist. Im übrigen sei es wohl klar, dass sich die deutsche Delegation im ganzen etwas zurückhalten müsse, da sie zum ersten Mal in Straßburg auftrete; die taktische Initiative in Fragen, die mit dem Schuman-Plan zusammenhängen, müsse daher wohl im wesentlichen bei der französischen Delegation liegen. Ferner sollte ein Holländer sprechen, weil in der öffentlichen Meinung der Welt die Vorstellung bestehe, daß die Holländer so etwas wie eine Opposition gegen die französische Fassung des Schuman-Plans bildeten. In jedem Falle sei eine Verbindung der deutschen und der französischen Strassburg-Delegation erwünscht, selbstverständlich auch die Pflege mit der holländischen Delegation. Man könne und solle die Dinge in Strassburg nicht „regieren“, aber doch Verbindung mit Strassburg halten, um zu wissen, was dort vorgehe. Mindestens müsse man die Strassburg--Delegationen darüber unterrichten, wie die Dinge in Paris

stehen, damit sie nicht von falschen Voraussetzungen ausgingen. Wahrscheinlich sei es am besten, den Strassburger Abgeordneten ein kleines Memorandum mit auf den Weg zu geben, etwa im Stile des Memorandums, das Herr Monnet zur Unterrichtung der Engländer in der letzten Woche ausgearbeitet habe. Darin müsse auch ein Wort über das Verhältnis zu Strassburg gesagt werden. Darüber hinaus werde es vielleicht gut sein, einen Beobachter in Strassburg zu haben. Auf den Vorschlag von Prof. Hallstein, sich dazu eines unabhängigen Journalisten zu bedienen, versprach Herr Monnet, sich darum zu kümmern, und nannte zwei Namen, die in Betracht kämen.

5) Sozialisten:

Es bestehe ein „soupçon socialiste ». Französische Sozialisten seien aus Deutschland zurückgekommen und hätten aus Gesprächen mit ihren sozialistischen Freunden in Deutschland die Besorgnis mitgebracht, daß der Schuman-Plan zu einem antisozialistischen Instrument ausgebaut werde. Diese Besorgnis sei für das Gelingen des Planes nicht günstig. In der französischen Delegation komme vieles auf die Person von Guy Mollet an, des Generalsekretärs der Sozialisten. Er, Monnet, rate, dieser Seite der Sache Aufmerksamkeit zu widmen. Professor Hallstein wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in den Arbeiten der sozialpolitischen Arbeitsgruppe noch ein schwieriger Differenzpunkt stecke, da die ausdrückliche Anerkennung einer Vollbeschäftigungs-Philosophie in dem Vertrag kaum Aussicht auf allgemeine Annahme habe, was Herr Monnet sichtlich mit einiger Sorge zur Kenntnis nahm.

6) Unterbrechung der Konferenz:

Auf Bedenken von Professor Hallstein gegen eine Unterbrechung der Konferenz machte Herr Monnet einmal das Erholungsbedürfnis seiner stark überlasteten Mitarbeiter geltend und fügte hinzu: ihm scheine es am besten, wenn bis zum Ende der übernächsten Woche, also bis zum 12. August 1950, versucht werde, zu einer Übereinstimmung über einen Bericht der Konferenz zu kommen, der die erreichte Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten widerspiegele. Als Beispiel erwähnte er den Entwurf eines Memorandums über die institutionellen Fragen, den er gleichzeitig Herrn Prof. Hallstein mit der Bitte um Kritik übergab. In gleicher Weise wie hier über die institutionellen Fragen müsse auch über die wirtschaftlichen Fragen berichtet werden. Mit diesem Bericht könne s.E. die Konferenz ihre im großen Rahmen zu leistende Arbeit schliessen. Dann sollten die Regierungen etwa zehn Tage Frist haben, um den Bericht zu prüfen, der gewissermassen als Direktive für die Redaktion des Vertrages gedacht sei, und die Regierungen könnten ihre etwa abweichenden Meinungen zur Geltung bringen. Im Anschluß an diese Frist könne man zur Redaktion des Vertrages schreiten, ohne dafür noch der ständigen Mitwirkung des ganzen Apparates von Sachverständigen usw. zu bedürfen. Er habe diesen Plan bisher in dieser Form noch mit niemand besprochen und bitte ihn einmal zu durchdenken. In der Frist, in der die Regierungen sich mit dem Bericht beschäftigten, sei dann auch Gelegenheit, über die darin nicht berührten wichtigen Fragen wie z.B. die Frage des Stimmenverhältnisses der Regierungen zu Vereinbarungen unter den Regierungen zu gelangen.